

## Die hessische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Wiederkehr der „hessischen Verhältnisse“\*

Rüdiger Schmitt-Beck und Thorsten Faas

Im Gefolge der Landtagswahl 2008 erlebte Hessen eine Neuauflage der besonderen „Verhältnisse“, die vor einem Vierteljahrhundert schon einmal zum geflügelten Wort geworden waren. Ebenso wie damals führte die Präsenz einer neuen Partei im Landtag zu einer Sitzverteilung, auf deren Basis keine mehrheitsfähige Regierung gebildet werden konnte. Mit der neuen Partei – früher den Grünen, jetzt der Linkspartei – wollte keine der etablierten (zu denen heute auch die Grünen zählen) eine Koalition eingehen. Allenfalls eine Tolerierungsvereinbarung mit der SPD ohne direkte Regierungsbeteiligung erschien vorstellbar; doch erwies sich auch dieses Szenario heute wie damals letztlich als nicht tragfähig. Alle weiteren Koalitionsmodelle, die sich rein rechnerisch auf eine Sitzmehrheit im Landtag hätten stützen können, waren vor dem Hintergrund der traditionellen Lagerpolarisierung des hessischen Parteiensystems nicht zu realisieren. Da es nicht gelang, eine neue Regierung zu bilden, blieb die bisherige – 1982 gestellt von der SPD unter dem Ministerpräsidenten *Holger Börner*, 2008 eine CDU-Alleinregierung mit *Roland Koch* an ihrer Spitze – geschäftsführend im Amt. Wie vor 25 Jahren wurde schließlich nach einem Jahr weitgehender Regierungsunfähigkeit eine Selbstauflösung des Landtages herbeigeführt, um der Paralyse durch Neuwahlen ein Ende zu setzen. 1983 brachte die vorgezogene Landtagswahl jedoch nur eine Fortsetzung der „hessischen Verhältnisse“. Erst die Bildung der ersten rot-grünen Koalition Deutschlands inmitten der laufenden Wahlperiode verschaffte dem Land ab 1985 zumindest vorübergehend wieder eine handlungsfähige Regierung.<sup>1</sup> Die vorgezogene Landtagswahl am 18. Januar 2009 dagegen zerschlug den hessischen gordischen Knoten – eine bürgerliche Regierung aus CDU und FDP mit einer stabilen Mehrheit im Parlament ging als Siegerin aus ihr hervor.

\* Die Autoren sind *Ansgar Wolsing*, *Daniela Hohmann*, *Raphael Kösters*, *Sebastian Holler* und *Wiebke Schroer* für ihre Unterstützung bei der Materialbeschaffung zu Dank verpflichtet. Dank gilt auch der Forschungsgruppe Wahlen (Mannheim) für die Überlassung des Datensatzes der im Auftrag des ZDF durchgeführten hessischen Vorwahlumfrage zur sekundäranalytischen Auswertung. Die Verantwortung für diese Analysen liegt allein bei den Autoren.

1 Vgl. *Wilhelm P. Bürklin* / *Gerhard Franz* / *Rüdiger Schmitt*, Die hessische Landtagswahl vom 25. September 1983: Politische Neuordnung nach der „Wende“, in: ZParl, 15. Jg. (1984), H. 2, S. 237 – 253; *Rüdiger Schmitt*, Die hessische Landtagswahl vom 5. April 1987: SPD in der „Modernisierungskrise“, in: ZParl, 18. Jg. (1987), H. 3, S. 343 – 361.

## 1. Ausgangslage<sup>2</sup>

Mit der Terminierung der Landtagswahl auf das Frühjahr 2008 wurde die hessische Wahlpolitik aus dem Bannkreis der Bundespolitik befreit, in den sie 1983 geraten war, als sowohl die Landtagswahl als auch die Bundestagswahl an vorgezogenen Terminen stattfanden. Seither wurde das Hessische Landesparlament stets nur wenige Monate nach dem Deutschen Bundestag gewählt, so dass die Landtagswahlen zumindest zum Teil als erste Stimmungstests für die neu ins Amt gewählten Bundesregierungen fungierten.<sup>3</sup> Da die letzte Bundestagswahl schon 2005 als vorgezogene Neuwahl nach nur drei Jahren durchgeführt und überdies die hessische Wahlperiode 2002 per Volksabstimmung auf fünf Jahre verlängert worden war, lag die Bundestagswahl schon über zwei Jahre zurück, als die hessischen Wähler im Januar 2008 an die Urnen traten. Überdies regierte in Berlin seit 2005 eine Große Koalition. Weder für die CDU noch die SPD bot sich daher Kritik an den Leistungen der Bundesregierung und das entsprechende, aus einer parteipolitischen Lagerlogik abgeleitete Gegengewichtsmotiv als Wahlkampfstrategie an, das bei vergangenen Landtagswahlen oft bemüht worden war, um Wähler mit bundespolitischer Argumentation für die eigene Seite zu gewinnen. Zu erwarten war vielmehr, dass bei dieser Wahl landespolitischen Gesichtspunkten stärkeres Gewicht zukommen würde.

Die hessischen Parteien gingen 2008 unter Voraussetzungen in den Wahlkampf, die für das Bundesland durchaus ungewöhnlich waren. Hessen hatte lange als von der SPD dominiertes „rotes Stammland“ gegolten, doch in den 1970er Jahren holte die CDU auf, und seither lagen die beiden Großparteien bei Landtagswahlen stets in etwa gleichauf, allerdings zumeist mit leichtem Vorsprung der Union.<sup>4</sup> Die Landtagswahl 2003 brachte für dieses gewohnte Muster eine dramatische Zäsur. Mit einem Landesstimmenanteil von fast 49

- 2 Basis der Abschnitte 1, 2 und 5 ist die Berichterstattung der Tages- und Wochenpresse, die über die elektronische Datenbank Lexis-Nexis, die Online-Archive der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen Zeitung und der Zeit sowie den Google-News-Dienst erschlossen wurde. Siehe auch Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Hessen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 27. Januar 2008, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 130, Mannheim 2008; Infratest dimap, Landtagswahl in Hessen 27. Januar 2008, Berlin 2008; *Wolfgang Schroeder / Florian Albert / Arijana Neumann*, Die hessische Landtagswahl 2008, in: *Wolfgang Schroeder* (Hrsg.), Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, Wiesbaden 2008, S. 27 – 55.
- 3 Empirische Hinweise für solche Überlagerungen finden sich unter anderem bei *Daniela Klos*, Motivtransfer bei Nebenwahlen: Ein Vergleich wahlspezifischer und bundespolitischer Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung bei der hessischen Landtagswahl und der Europawahl in Deutschland 1999, in: *Frank Bretschneider / Jan van Deth / Edeltraud Roller* (Hrsg.), Europäische Integration in der öffentlichen Meinung, Opladen 2003, S. 335 – 362; *Tatjana Rudi*, Landtagswahlen in Hessen 1991 bis 2003: Bundespolitische Einflüsse vor allem bei unabhängigen Wählern, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 559 – 566; *dies.*, Urteile über die Zufriedenheit mit der Bundesregierung? Eine Analyse des Wahlverhaltens der hessischen Bürger bei Landtagswahlen, in: *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 175 – 200; *Frank Decker / Marcel Lewandowsky*, Landtagswahlen als bundespolitische Zwischenwahlen. Der vermeintliche Sonderfall Hessens, in: *Wolfgang Schroeder* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 259 – 283.
- 4 Vgl. *Christoph Strünck*, Das Parteiensystem Hessens, in: *Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 247 – 264.

Prozent überflügelte die CDU die SPD um fast 20 Prozentpunkte. Sie gewann die absolute Mehrheit der Parlamentsmandate und wurde damit nicht nur erstmals in der Geschichte des Landes als Regierungspartei wiedergewählt, sondern konnte sogar eine Alleinregierung bilden. Dieser überragende Erfolg war nicht zuletzt durch ungewöhnlich vorteilhafte Rahmenbedingungen möglich geworden. Anders als bei allen anderen Wahlgängen der letzten Jahrzehnte, die stets durch Gemengelage gegenläufiger Wirkfaktoren gekennzeichnet waren, begünstigten 2003 in einer wohl einmaligen Sondersituation alle für die Wahlentscheidungen relevanten, sowohl landes- als auch bundespolitischen Einstellungen der Wähler die CDU.<sup>5</sup> Vor diesem Hintergrund musste klar sein, dass es der Union bei der Landtagswahl 2008 schwer fallen würde, sich auf diesem hohen Niveau zu behaupten.

Dazu trug auch bei, dass die politische Bilanz der Landesregierung nicht als glänzend bezeichnet werden konnte. Die wirtschaftliche Situation des Landes stellte sich im Vorfeld der Landtagswahl zwar – entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik – in absoluten Termini durchaus positiv dar, aber im Ländervergleich zeigte sich Hessen eher wachstumsschwach. Gestiegene Steuereinnahmen und insbesondere ein sofort nach der Landtagswahl 2003 aufgelegtes einschneidendes Sparprogramm hatten die Schuldenlast des Landes verringert – allerdings um den Preis einer für viele Bürger wenig erfreulichen, spürbaren Kürzung freiwilliger sozialer Leistungen. Offenen Ärger hatte es während der vergangenen Wahlperiode – wieder einmal – im Bereich der Bildungspolitik gegeben. Neben anderen Reformen sorgte vor allem die Umstellung auf das achtklassige „Turbo-Abitur“ für erheblichen Unmut von Schülern über Eltern- und Lehrerorganisationen bis hin zum konservativen Philologenverband, dem die Regierung mit einer partiellen Reduktion der Ansprüche an die Schüler begegnete. Wenig populär war auch die Einführung von Studiengebühren an den Hochschulen des Landes im Herbst 2007. Nur sehr eingeschränkt wurde das von der CDU versprochene Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen umgesetzt. Auch von Affären war die CDU nicht verschont geblieben, wenngleich sich diese weit weniger dramatisch darstellten als vor allem der Schwarzgeldskandal der vorangegangenen Wahlperiode. Konfrontiert mit dem Vorwurf des Stimmenkaufs und der politischen Erpressung, weil er den Freien Wählern Zuschüsse für kommunale Wahlkämpfe unter der Bedingung angeboten hatte, bei der Landtagswahl 2008 nicht anzutreten und somit seiner eigenen Partei keine Konkurrenz zu machen<sup>6</sup>, bewies Ministerpräsident *Roland Koch* erneut sein Stehvermögen im Angesicht parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Mit der Mehrheit der CDU-Stimmen wurde der Regierungschef rechtzeitig vor der Wahl 2008 von diesen Vorwürfen entlastet.

Indizien für sinkenden Rückhalt der Union in der Wahlbevölkerung zeigten sich früh. Bereits bei der Europawahl 2004 musste die CDU in Hessen einen erheblichen Stimmenverlust gegenüber der Vorwahl hinnehmen; dasselbe wiederholte sich bei der Bundestagswahl 2005. Bei der Kommunalwahl 2006 gewann sie zwar leicht hinzu, schnitt aber mit 38,5 Prozent der Stimmen immer noch erheblich schlechter ab als bei der vorangegangenen Landtagswahl. Bemerkenswert ist, dass die SPD aus diesen Verlusten keine Vorteile ziehen konnte – im Gegenteil: Sie verlor bei allen Zwischenwahlen deutlich, zum Teil sogar dramatisch (zehn Prozentpunkte bei der Europawahl 2004). Dennoch lag sie zumindest bei

5 Vgl. *Tatjana Rudi*, Landtagswahlen in Hessen 1991 bis 2003, a.a.O. (Fn. 3).

6 Vgl. *Florian Albert*, Die Freien Wähler in Hessen, in: *Wolfgang Schroeder* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 234 – 242.

der Bundestagswahl vor der CDU. Profiteure der Schwäche der beiden Großparteien waren vor allem die FDP, aber auch die Linkspartei. Dieser Neankömmling in der westdeutschen Landespolitik überwand in Hessen schon bei der Bundestagswahl die Fünf-Prozent-Marke (vgl. Tabelle 1). Dass dies auch bei der Landtagswahl erneut gelingen könnte, erschien daher möglich.

Auch Befunde der Meinungsforschung signalisierten, dass die CDU erheblich an Unterstützung in der Bevölkerung eingebüßt hatte. In vielerlei Hinsicht hatte sich das Ansehen der Regierungspartei und ihres Chefs seit der Vorwahl deutlich verschlechtert, während die SPD insbesondere in der unmittelbaren Vorwahlzeit kontinuierlich an Boden gewann. Demoskopische Projektionen gaben der CDU keinen Anlass zur Zuversicht, selbst die Möglichkeit einer schwarz-gelben Mehrheit erschien mit näher rückendem Wahltermin zunehmend fraglich. Die letzten vor der Wahl veröffentlichten Umfrageergebnisse sahen Union und SPD Kopf an Kopf und prognostizierten – wegen des wahrscheinlichen Einzugs der Linkspartei in den Landtag – weder dem schwarz-gelben noch dem rot-grünen Lager eine zur Regierungsbildung ausreichende Mehrheit.<sup>7</sup> Vor diesem Hintergrund führten vor allem die großen Parteien einen Wahlkampf, der in punkto Intensität und Polarisierung früheren hessischen Kampagnen nicht nachstand.

## 2. Wahlkampf

Wie der vorangegangene Wahlkampf trug auch dieser Züge symbolisch überhöhter Lagerkonfrontation zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb, wies darüber hinaus jedoch mehrere Besonderheiten auf. 2007 hatte sich in Hessen ein Landesverband der Linkspartei konstituiert, der sich ausweislich demoskopischer Befunde berechnete Hoffnungen machen konnte, im nächsten Landtag vertreten zu sein. Während die CDU in rhetorisch-plakativer Zuspitzung die Gegenseite zum „rot-rot-grünen“ Block stilisierte, verwahrten sich die damit adressierten Parteien selbst (mit Ausnahme der Linkspartei) entschieden gegen jegliche Annäherung einer geplanten Zusammenarbeit nach der Wahl. Eine weitere Besonderheit der Landtagswahl 2008 war eine Innovation der Wahlkampfkommunikation, die im Gefolge der Bundestagswahlen 2002 und 2005 bereits mehrfach bei Landtagswahlkämpfen in anderen Bundesländern erprobt worden war und nun auch in Hessen zum Einsatz kam: Eine Woche vor der Wahl begegneten sich die Spitzenkandidaten der beiden großen Parteien in einem „TV-Duell“, das eine Einschaltquote von fast 14 Prozent im Lande erreichte und von rund 450.000 Zuschauern gesehen wurde.<sup>8</sup> Bei der Wahl 2003 (wie auch bei der Folgewahl im Januar 2009) hatte Ministerpräsident *Koch* die Teilnahme an einer solchen Sendung noch verweigert.

Die CDU führte ihren Wahlkampf<sup>9</sup> unter dem Eindruck immer ungünstigerer demoskopischer Zahlen; dem Schrumpfen ihres anfänglichen Vorsprungs vor der SPD korrespondierte dabei ein wachsender Konfrontationsgrad ihrer Rhetorik. Die Kampagne war konzentriert auf die Person des Regierungschefs und begann – zunächst verhalten und

7 Vgl. *Wolfgang Schroeder / Florian Albert / Arijana Neumann*, a.a.O. (Fn. 2), S. 35.

8 Ebenda, S. 39.

9 Vgl. *Arijana Neumann / Josef Schmid*, Die Hessen-CDU: Kampfverband und Regierungspartei, in: *Wolfgang Schroeder* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 107 – 141.

unaggressiv im Tonfall – bereits im Sommer 2007. Unter dem Motto „Koch kocht“ bereitete der Spitzenkandidat, der zum dritten Mal das Amt des Ministerpräsidenten für sich gewinnen wollte, das Land in einem Versuch, sein hinsichtlich wirtschaftspolitischer Sachkompetenz sowie Durchsetzungskraft, aber auch unübersehbarer Polarisierungsneigung ausgeprägtes, aber im Bereich persönlicher Wertschätzung unterentwickeltes Image um eine „landesväterliche“ Komponente zu ergänzen. Doch schon bald trat eine – in *Kochs* eigenen Worten – „klare und kantige“ Kommunikationsstrategie in den Vordergrund, die primär das Ziel verfolgte, durch lagerbezogene Polarisierung die Stammklientel zu mobilisieren, aber auch konservative Sozialdemokraten auf die eigene Seite zu ziehen.

Zentrales Element dieser Strategie war zunächst scharfes „negative campaigning“ gegen die Linkspartei – sie wurde apostrophiert als Wiedergänger der SED, als Partei der „Altkommunisten und Unbelehrbaren“, der es letztlich darum gehe, dass das „rechtsstaatliche System der Bundesrepublik durch ein sozialistisches System abgelöst“ werde.<sup>10</sup> Darüber hinaus zielte diese Strategie auch auf die SPD, die gemeinsam mit den Grünen und der Linkspartei als Teil eines „Linkskartells“ porträtiert wurde, das in Hessen an die Macht wolle, um es zum „linksten Land“ der Republik zu transformieren. Daran, dass diese Parteien politisch zusammenarbeiten würden, wenn es ihnen die Mehrheitsverhältnisse erlauben würden, konnte aus Sicht der Union kein Zweifel bestehen – programmatische Unterschiede seien ohnehin kaum wahrnehmbar. Hessenweit wurde in der Endphase des Wahlkampfes plakatiert: „Ypsilanti, Al-Wazir und die Kommunisten stoppen“. Eine vom Wahlergebnis erzwungene Große Koalition könne vor dem Hintergrund des Linksdrifts der SPD keinesfalls in Frage kommen. Den einzig möglichen Koalitionspartner, wenn es denn die Mehrheitsverhältnisse erforderten, sah die Union in der FDP.

Das zweite Element der von der Union gewählten Polarisierungsstrategie bestand in einem – allerdings eher spontan anmutenden – Versuch einer Neuaufgabe ihres Kampagnenerfolges von 1999, als es ihr gelungen war, durch eine Unterschriftenaktion gegen die von der rot-grünen Bundesregierung verfolgte Reform des Staatsbürgerschaftsrechts integrationskritische Ressentiments in der Bevölkerung zu ihren Gunsten zu aktivieren und der SPD die Regierungsmacht abzunehmen.<sup>11</sup> Ein von den Medien bekannt gemachter Überfall ausländischer Jugendlicher auf einen Rentner in München wurde zum Anlass weitreichender, auch überregional intensiv beachteter und kontrovers diskutierter Forderungen nach Verschärfungen des Jugendstraf- und Ausländerrechts, die *Koch* einen Monat vor der Wahl über die Bild-Zeitung publik machte. Nach anfänglichem Zögern stellte sich die Bundes-CDU an seine Seite und unterstützte seine Position. Doch als er kurz vor der Wahl nachlegte und eine Ausweitung des Jugendstrafrechts auf Kinder unter 14 Jahren verlangte, hatte er offenbar den Bogen überspannt: Jetzt gingen mehrere Spitzenpolitiker der Union, darunter die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, öffentlich auf Distanz; außerdem musste er einräumen, dass es ausgerechnet in seinem Bundesland erhebliche Defizite im Bearbeitungstempo von Jugendstrafsachen sowie im Vollzug gab. Kurz vor der

10 Vgl. FR-Online vom 15. Januar 2008, [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/dossiers/hessenwahl\\_2008/?em\\_cnt=1272330&](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/dossiers/hessenwahl_2008/?em_cnt=1272330&).

11 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck*, Die hessische Landtagswahl vom 7. Februar 1999: Der Wechsel nach dem Wechsel, in: ZParl, 31. Jg. (2000), H. 1, S. 3 – 17; *Jürgen Hofrichter* / *Bettina Westle*, Wahlkampf wirkt. Eine Analyse der hessischen Landtagswahl 1999, in: *Peter Ph. Mohler* / *Paul Lüttinger* (Hrsg.), Querschnitt – Festschrift für Max Kaase, Mannheim 2000, S. 149 – 176.

Wahl entwickelte sich der *Koch* persönlich zugeschriebene Kampagnenstil der CDU zu einem vielfach kritisierten Gegenstand wahlkampfbezogener Metadiskussion, und die Wähler hielten *Kochs* Thematisierung der Ausländerkriminalität ohnehin mehrheitlich für Wahlkampfaktik.<sup>12</sup> Die Angriffskomponenten dominierten die Kampagne der CDU, die Leistungen in der vergangenen Wahlperiode standen demgegenüber im Hintergrund – eine eigentlich eher für Oppositionsparteien typische Wahlkampfstrategie, die jedoch für Regierungsparteien in Defensivsituationen nahe zu liegen scheint, wie das analoge Beispiel der SPD-Kampagne bei der Bundestagswahl 2005 zeigt.<sup>13</sup>

Die FDP komplementierte den Wahlkampf der CDU in geradezu symbiotischer Weise. Geführt vom FDP-Landesvorsitzenden und -Fraktionschef *Jörg-Uwe Hahn* formulierten die Liberalen – beflügelt durch die Daten der Demoskopie – „zehn Prozent plus X“ und einen Wiedereinstieg in die Landesregierung gemeinsam mit der CDU als Wahlziel. Die anvisierte Erneuerung der schwarz-gelben Koalition in Wiesbaden wurde auch als über die Landespolitik hinausreichendes Signal gedeutet, nämlich als bundespolitische Perspektive jenseits der in Berlin amtierenden Großen Koalition. Mit einer Stimme für die FDP sollten die Wähler garantieren, dass eine „bürgerliche Mehrheit“ zustande käme. Unbedingt zu verhindern gelte es demgegenüber eine Regierung des „linken Blocks“ aus SPD, Grünen und Linkspartei, etwaige Koalitionen mit einer dieser Parteien wurden ausgeschlossen; in ihrer Lagerrhetorik stand die FDP der CDU somit kaum nach. Wie schon bei früheren Landtagswahlen definierten sich die Liberalen als „Stimme der Vernunft“ und vor allem in Fragen der Rechts-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik notwendiges Korrektiv eines im Grundsatz richtigen Politikansatzes der Union, aber auch – dies das Besondere im Wahlkampf 2008 – einer in fünf Jahren Alleinregierung arrogant gewordenen Großpartei.

Inspiriert durch die sich günstig entwickelnden demoskopischen Daten war die Kampagne der SPD<sup>14</sup> von einer optimistischen Grundstimmung getragen. Nach der fatalen Niederlage 2003 sahen die Sozialdemokraten nun eine echte Machtchance im Bündnis mit den Grünen, ausgedrückt nicht nur in klaren Koalitionsaussagen, sondern auch in gemeinsamen Wahlkampfaktionen beider Parteien. Sowohl eine Große Koalition mit der Union als auch ein Bündnis mit der Linkspartei schloss die SPD kategorisch aus. Lediglich eine Ampelkoalition unter Einschluss der FDP wurde als entfernte Möglichkeit in Betracht gezogen, falls es zu einer rot-grünen Mehrheit nicht reichen sollte. Spitzenkandidatin war die als Vertreterin des linken Parteiflügels geltende Landes- und seit 2007 auch Fraktionsvorsitzende *Andrea Ypsilanti*, die sich diese Nominierung allerdings nur knapp in direkter Konkurrenz mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden *Jürgen Walter* hatte sichern können, der die durch eine Befragung ermittelte Mehrheit der Parteimitglieder hinter sich hatte und eher den innerparteilichen Konservativen zugerechnet wurde. Auch die Kampagne der SPD war durch ausgeprägte Personalisierung gekennzeichnet. Die Lagerpolarisierung dieses Wahlkampfes wurde den Wählern nicht nur in der thematischen Akzentuierung vor Augen geführt, sondern auch in der personellen Entgegensetzung der sich als „links, weich, weiblich“ inszenierenden sozialdemokratischen Kandidatin gegenüber dem konservativen

12 Vgl. *Wolfgang Schroeder / Florian Albert / Arijana Neumann*, a.a.O. (Fn. 2), S. 39.

13 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck / Thorsten Faas*, The Campaign and its Dynamics at the 2005 German General Election, in: *German Politics*, 15. Jg. (2006), H. 4, S. 393 – 419.

14 Vgl. *Wolfgang Schroeder*, Die hessische SPD zwischen Regierung und Opposition, in: *ders.* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 77 – 106.

„Hardliner“ *Roland Koch*.<sup>15</sup> Dies schloss Zurückhaltung im Hinblick auf „negative campaigning“ ein; Angriffe auf den politischen Gegner blieben im Rahmen politischer Arbeitsteilung eher der Bundespartei überlassen. Verstärkt wurde die Spitzenkandidatin durch ein peu à peu in öffentlichen Auftritten komplettiertes zwölfköpfiges „Zukunftsteam“.

Der sozialdemokratische Wahlkampf stellte drei Themen ins Zentrum, wobei – nicht zuletzt als Instrument gegen die erstarkende Linkspartei – klassisch sozialdemokratische Motive dominierten, aber auch grünes Terrain okkupiert wurde. Eine dominante Rolle spielte das Thema der sozialen Gerechtigkeit. Um die SPD als Partei einer „sozialen Moderne“ sichtbar zu machen, wurde ein bundespolitisches Thema akzentuiert, wobei man sich eines von der CDU-Kampagne 1999 kopierten Instruments bediente: Unter der Überschrift „Gerechter Lohn für gute Arbeit“ startete die SPD am 2. Januar 2008 eine Unterschriftenaktion zur Einführung flächendeckender Mindestlöhne in Deutschland, zu deren Erstunterzeichnern nicht nur *Ypsilanti*, sondern auch die beiden Spitzenkandidaten der Grünen gehörten. Insgesamt wurden nach Parteiangaben mindestens 50.000 Unterschriften gesammelt. Flankierend sprach sich die SPD in ihrem Wahlprogramm unter anderem für die Einführung einer Vermögenssteuer und Nachbesserungen von „Hartz IV“ aus.

Das zweite „Gewinnerthema“ der SPD war der Klimawandel und die Energiepolitik. Schon Mitte 2007 wurde der Öffentlichkeit der SPD-Bundestagsabgeordnete, Energieexperte und Träger des „alternativen Nobelpreises“ *Hermann Scheer* als Schattenminister für ein zusammengelegtes Ressort Wirtschaft und Umwelt präsentiert. Er stand für das ehrgeizige Ziel, innerhalb von fünf Jahren die Atomenergie in Hessen durch einen Umstieg auf erneuerbare Energien überflüssig zu machen. Dieser thematische Fokus führte kurz vor der Wahl zu einem stark beachteten innerparteilichen Eklat, als der frühere SPD-Bundeswirtschaftsminister *Wolfgang Clement* in einem Zeitungsartikel kritisierte, dass die geplante energiepolitische Umsteuerung die „industrielle Substanz“ des Landes gefährden würde, und die hessischen Wähler kaum verhüllt aufrief, der SPD ihre Stimme zu verweigern. Beim dritten Thema, der Bildungspolitik, setzten die Sozialdemokraten ebenfalls auf persönliche Symbolisierung. Als Mitglied ihres Schattenkabinetts benannte die Partei den Bildungsexperten *Rainer Domisch*, einen leitenden Mitarbeiter der obersten Schulbehörde des bildungspolitisch laut PISA-Studien führenden Finnland. Er trat u.a. ein für mehr Förderung von Schülern, gemeinsamen Unterricht bis zur neunten Klasse und den Ausbau von Ganztagschulen. Auch das Versprechen, die neuen Studiengebühren wieder abzuschaffen, war eine wichtige Komponente des bildungspolitischen Programms der Sozialdemokraten.

Die *Grünen* gingen geführt von den beiden Landesvorsitzenden *Tarek Al-Wazir* (auch Fraktionsvorsitz) und *Kordula Schulz-Asche* in den Wahlkampf. Sehr selbstbewusst wollten sie das beste Wahlergebnis bei einer hessischen Landtagswahl einfahren – „zwölf Prozent plus“ war die Losung. Ebenso wie ihr Wunschpartner sprachen sie sich klar für eine Neuauflage des in Hessen ja erstmals auf Landesebene erprobten rot-grünen Koalitionsmodells aus. Mit der Linkspartei wollten sie keinesfalls zusammenarbeiten, die Möglichkeit einer Kooperation mit den beiden Parteien des bürgerlichen Lagers wurde jedoch nicht strikt abgewiesen – mit Ausnahme jeglicher Bündniskonstellation unter persönlicher Führung von *Roland Koch*. Thematisch konzentrierten sich die Grünen auf die Bildungs-, Energie- und Familienpolitik – also teilweise Politikfelder, die auch die SPD ins Zentrum ihrer

15 Vgl. Spiegel Online vom 17. Januar 2008, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,529188,00.html>.

Kampagne stellte. Ihre Vorstellungen zu diesen Gebieten ähnelten überwiegend jenen der SPD, waren zum Teil allerdings weniger weitreichend. Latentes Konfliktpotenzial verbarg sich im Wunsch, das Umweltressort zu übernehmen, das die SPD für *Hermann Scheer* vorgesehen hatte, und in der bedingungslosen Ablehnung eines Ausbaus des Frankfurter Flughafens, die die Sozialdemokraten nicht teilten.

Die *Linkspartei*, deren hessischer Landesverband erst ein halbes Jahr vor der Wahl gegründet worden war, sah in der Landtagswahl eine bedeutende strategische Station auf dem Wege zur Konsolidierung im Westen der Republik. Der demoskopisch möglich scheinende Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde würde ihr – parallel zum Einzug in den am gleichen Tag zu wählenden Niedersächsischen Landtag – erste Repräsentanzen in Parlamenten westdeutscher Flächenländer verschaffen; dementsprechend engagierte sich die bundespolitische Prominenz der Partei intensiv im hessischen Wahlkampf.<sup>16</sup> Spitzenkandidat war *Willy van Ooyen*, ein parteiloser Veteran der Friedens- und Ostermarschbewegung. Er ersetzte das zunächst nominierte ehemalige DKP-Mitglied *Pit Metz*, der sich nach einer Intervention der Bundesebene aufgrund umstrittener Äußerungen zum Schießbefehl in der DDR zurückgezogen hatte. Inhaltlich konzentrierte sich der Wahlkampf auf bundespolitische Themen wie Arbeitsmarkt, Kinderarmut und Einkommensverteilung, wobei es der Partei allerdings schwer fiel, abgrenzende Akzente gegenüber einer SPD-Kampagne zu setzen, die ebenfalls klassisch sozialdemokratische Motive betonte. Landespolitisch war die Losung „Koch muss weg“ das Mantra der Linkspartei. Anders als SPD und Grüne betonte sie, dass eine Zusammenarbeit mit diesen Parteien nach der Wahl durchaus vorstellbar sei. Eine Ministerpräsidentin *Ypsilanti* unter bestimmten Bedingungen mitzuwählen und sachbezogen zu kooperieren – dazu war die Linkspartei bereit, aber eine formelle Koalition schlossen die meisten Stellungnahmen aus. Als kleine Hypothek belasteten interne Querelen die Kampagne; unmittelbar vor der Wahl ging einer der Direktkandidaten auf Distanz zu seiner eigenen Partei, der er vorwarf, sich in eine von altkommunistischen Sektierern dominierte Kaderorganisation verwandelt zu haben.<sup>17</sup>

### 3. Wählerstimmung<sup>18</sup>

Die Einschätzungen der Parteien und ihrer Leistungen sowie der Spitzenkandidaten seitens der Wähler unterschieden sich schon lange vor der Wahl wesentlich von jenen, die vor der Landtagswahl 2003 gemessen worden waren. Insgesamt war die Wählerstimmung 2008 für die CDU sehr viel ungünstiger als bei der Vorwahl, während sich das Ansehen der SPD deutlich verbessert hatte. Selbst auf der Schlussgeraden des Wahlkampfes kam es noch zu erheblichen Meinungsverschiebungen zu Lasten der Union. So fiel die Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung erheblich niedriger aus als bei der Vorwahl. Hatte die Mehrheit der Wähler 2003 die Leistungen der damaligen schwarz-gelben Regierung eher positiv

16 *Wolfgang Schroeder / Samuel Greef / Michael Reschke*, Die Linkspartei in Hessen, in: *Wolfgang Schroeder* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 2), S. 184 – 208.

17 Vgl. FR-online vom 13. Januar 2008, [http://www.fr-online.de/frankfurt\\_und\\_hessen/dossiers/hessenwahl\\_2008/?em\\_cnt=1271089&](http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/dossiers/hessenwahl_2008/?em_cnt=1271089&).

18 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 2), S. 17 – 33; Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 21 – 51.

eingeschätzt, überwog diesmal schon in der Mitte der Wahlperiode die Unzufriedenheit. Im Verlauf der heißen Phase des Wahlkampfes rutschte das Ansehen der Regierung weiter ab, und am Ende überwogen die Unzufriedenen im Verhältnis 2 zu 1. Auch der hessische Landesverband der CDU wurde nun – im Unterschied zur Bundes-CDU – erheblich schlechter beurteilt, während die SPD insgesamt sehr viel wohlwollender gesehen wurde als 2003.

Besonders ausgeprägt war die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Landesregierung in den bei dieser Wahl aus Bürgersicht wichtigsten Politikfeldern Bildung und Soziales sowie Innere Sicherheit. Vor diesem Hintergrund die Kriminalitätsbekämpfung in den Mittelpunkt der heißen Phase ihres Wahlkampfes zu stellen, war eine wahlkampfaktisch fragwürdige Entscheidung der CDU. Zwar besaß die Union in diesem Politikfeld immer noch einen Kompetenzvorsprung vor der SPD, aber er war seit der Vorwahl erheblich geschmolzen. Bei der Schul- und Bildungspolitik hatte sie ihre frühere Kompetenzführerschaft sogar an die Sozialdemokraten verloren. Weitere starke Einbußen in den Kompetenzzuschreibungen zugunsten der SPD waren auch bezüglich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie der Familienpolitik festzustellen. Der SPD war es hingegen gelungen, nun wieder stärker als Partei wahrgenommen zu werden, der soziale Gerechtigkeit besonders am Herzen liegt. Ihre Mindestlohnkampagne im Wahlkampf wurde auch mehrheitlich nicht als Wahltaktik wahrgenommen. Diese Trends parallelisierend stieg auch die Zahl derjenigen Wähler, die erwarteten, dass eine SPD-geführte Landesregierung bessere Arbeit leisten würde als die amtierende Regierung. Aus der insgesamt positiv wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage konnte die Landesregierung offenbar keine Profite ziehen.

Im Verlaufe weniger Monate entwickelten sich auch die Bewertungen der Spitzenkandidaten markant zugunsten der SPD. Während ihr Vorgänger *Gerhard Bökel* bis zuletzt durch mangelnde Bekanntheit in der Wählerschaft gehandicapt war, gelang es *Andrea Ypsilanti* sehr schnell, weithin sichtbar zu werden. Vor der Wahl kannten drei von vier hessischen Wählern ihren Namen – ein Bekanntheitsgrad, den auch der langjährige Regierungschef *Roland Koch* kaum übertraf. Der Unionskandidat wurde überdies sehr kontrovers bewertet und bei den Anhängern der konkurrierenden Parteien weitaus negativer beurteilt als seine Rivalin, was dieser in der Wählerschaft ein insgesamt deutlich höheres Ansehen verschaffte. Während *Koch* als tatkräftiger und sachkompetenter wahrgenommen wurde, punktete die Herausforderin auf den „weichen“ Dimensionen der Bürgernähe, Glaubwürdigkeit und vor allem Sympathie. In der direkten Kandidatenkonkurrenz gelang es ihr sogar, den Amtsinhaber in der Wählergunst innerhalb weniger Monate klar zu überflügeln. Vor der Wahl wünschten sich mehr Wähler *Andrea Ypsilanti* als Ministerpräsidentin als *Roland Koch* – der bisherige Regierungschef besaß also 2008 keinen Amtsbonus, eher war das Gegenteil der Fall. 2003 war das noch ganz anders gewesen. Die Spitzenkandidaten aller anderen Parteien waren in der Wählerschaft wenig bekannt, so dass sie für die Wahlentscheidungen kaum ins Gewicht fallen konnten.

Eine Fortsetzung der CDU-Alleinregierung wurde nur von einem guten Viertel der Wähler vorteilhaft eingeschätzt; sowohl die schwarz-gelbe als auch die rot-grüne Bündnisoption wurden günstiger beurteilt. Die Koalitionspräferenzen verteilten sich gleichmäßig auf diese beiden Alternativen; sie wurden von jeweils rund einem Viertel der Wähler gewünscht („weiß nicht“: 23 Prozent). Eine Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der Linkspartei lehnten allerdings zwei von drei Wählern ab; uneingeschränkt positiv gesehen wurde diese Option nur von einer kleinen Minderheit. Ähnlich den Grünen vor zwei Jahr-

zehnten wurde die Linkspartei von vielen Wählern nicht als demokratische Partei wie andere auch eingeschätzt. Im Schnitt wurde sie extrem negativ beurteilt, über die Hälfte der Bürger hätte sie lieber nicht im Landtag gesehen. Ausdrücklich positiv wurde diese Möglichkeit nur von jedem fünften Wähler beurteilt. Etwa die Hälfte der Wähler rechnete jedoch damit, dass die Linkspartei in den Landtag einziehen würde.

#### 4. Wahlergebnis

##### 4.1. Das Wahlergebnis in kurz- und langfristiger Perspektive

Insgesamt waren 17 Parteien zur Landtagswahl 2008 mit eigener Landesliste angetreten; als Neulinge zu erwähnen sind vor allem die Linkspartei und die Freien Wähler Hessen. Fünf Parteien zogen in den neuen Hessischen Landtag ein: CDU, SPD, FDP, Grüne und die Linkspartei. Die Wahlbeteiligung lag dabei – gegenüber 2003 praktisch unverändert – bei 64,3 Prozent.

Erst mit dem Eintreffen des Ergebnisses des letzten Wahlkreises stand fest, dass die CDU mit einem Vorsprung von 3511 Stimmen vor der SPD lag und damit stärkste Partei im neuen Landtag sein würde, in den auch die Linkspartei einzog: Ihr war es gelungen, auf Anhieb 5,1 Prozent der Landesstimmen zu gewinnen. Mit Bekanntgabe des Wahlergebnisses war auch unmittelbar klar, dass es für keine Zweier-Koalition (mit Ausnahme der von CDU und SPD ausgeschlossenen Großen Koalition) möglich sein würde, eine Sitzmehrheit im Landtag auf sich zu vereinen. Zwar standen sich Schwarz-Gelb und Rot-Grün – durchaus typisch für die jüngeren hessischen Landtagswahlen – annähernd gleich stark gegenüber, verfehlten aber aufgrund des Einzugs der Linkspartei jeweils eine eigene parlamentarische Mehrheit – der Anfang neuer „hessischer Verhältnisse“.

Am Ende des Abends die SPD doch noch als stärkste Partei überholt zu haben, versüßte der CDU den ansonsten bitteren Ausgang: Mit 36,8 Prozent der Stimmen erzielte sie ihr schlechtestes Wahlergebnis bei einer hessischen Landtagswahl seit 1966. Sie büßte ein Viertel ihrer Sitze ein: Im 17. Landtag war die CDU nur noch mit 42 statt 56 Abgeordneten vertreten; 28 von ihnen (gegenüber 53 bei der Vorwahl) gewannen einen der 55 Wahlkreise direkt. Nicht nur für die CDU, sondern auch für die SPD war die Wahl 2008 ein Spiegelbild der Vorwahl – für die SPD allerdings dieses Mal mit einem positiven Vorzeichen. War sie 2003 noch die alleinige Verliererin, ging sie nun mit *Andrea Ypsilanti* an ihrer Spitze als strahlende Gewinnerin aus dem Wahlgang hervor. Mit 36,7 Prozent der Zweitstimmen und 42 Mandaten im Landtag (darunter 27 Direktmandaten) konnte die SPD – vor allem im Vergleich zur vorigen Landtagswahl, aber auch im Vergleich zur Bundestagswahl – erheblich zulegen und reklamierte den Wahlsieg und den Auftrag zur Regierungsbildung für sich. In der Tat waren Union und SPD mit ihren jeweiligen Ergebnissen wieder auf Augenhöhe; diesbezüglich stellte die Wahl 2008, wie auch die langfristige Perspektive in Abbildung 1 zeigt, eine Rückkehr zur früheren Situation in Hessen dar – mit der Wahl 2003 als Ausreißer. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Union mehr Stimmen als die SPD gewonnen hatte.

Für die drei kleinen Parteien fiel das Wahlergebnis sehr unterschiedlich aus: Klarer Gewinner war die Linkspartei, die mit sechs Abgeordneten erstmals im Wiesbadener Landtag saß. Die FDP verfehlte zwar ihr Wahlziel von „zehn Prozent plus X“, konnte aber gegen-

über der Wahl 2003 leicht auf 9,4 Prozent (und elf Sitze) zulegen und vor allem die Grünen als dritte Kraft in Hessen ablösen. Für die Grünen verlief der Wahlabend eher schmerzlich: Mit nur 7,5 Prozent der Landesstimmen (und neun Sitzen) verfehlten sie nicht nur ihr Wahlziel („zwölf Prozent plus“) deutlich, sondern büßten sogar gegenüber 2003 noch Stimmen und Sitze ein. Alle sonstigen Parteien blieben bedeutungslos, die Republikaner erreichten 1,0 Prozent der Stimmen, NPD und Freie Wähler jeweils 0,9 Prozent.

Ein Blick auf die Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap<sup>19</sup> zeigt, dass die Union – die gegenüber der Wahl 2003 absolut über 300.000 Stimmen verloren hat – an alle anderen Parteien Wähler abgeben musste. Dies gilt insbesondere für die SPD (–90.000 Stimmen) und die FDP (–67.000 Stimmen); zudem blieben im Saldo 75.000 Wahlberechtigte, die 2003 noch der CDU ihre Stimme gegeben hatten, dieses Mal zu Hause. Die SPD konnte dagegen rund 200.000 Stimmen hinzugewinnen. Zu den Gewinnen aus dem Unionslager kommen insbesondere 66.000 Stimmen von den Grünen sowie 68.000 Stimmen aus dem Lager der Nichtwähler. Gegenüber der Linkspartei allerdings verloren die Sozialdemokraten allen Bemühungen zum Trotz über 30.000 Stimmen. Damit war die SPD der „Hauptstimmenslieferant“ für die Linkspartei, der es zudem noch gelang, frühere Nichtwähler in erheblichem Maße zu mobilisieren.

Vor dem Hintergrund der Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Union und SPD, aber auch des Erstarkens der Linkspartei – Abbildung 1 setzt dies noch einmal in den Kontext der längerfristigen Entwicklung – erscheinen die Ergebnisse, die Abbildung 2 zeigt, geradezu zwingend: Sowohl die Volatilität als auch die Fraktionalisierung des Parteiensystems betreffend ragt die Wahl 2008 aus dem Reigen jüngerer hessischer Landtagswahlen

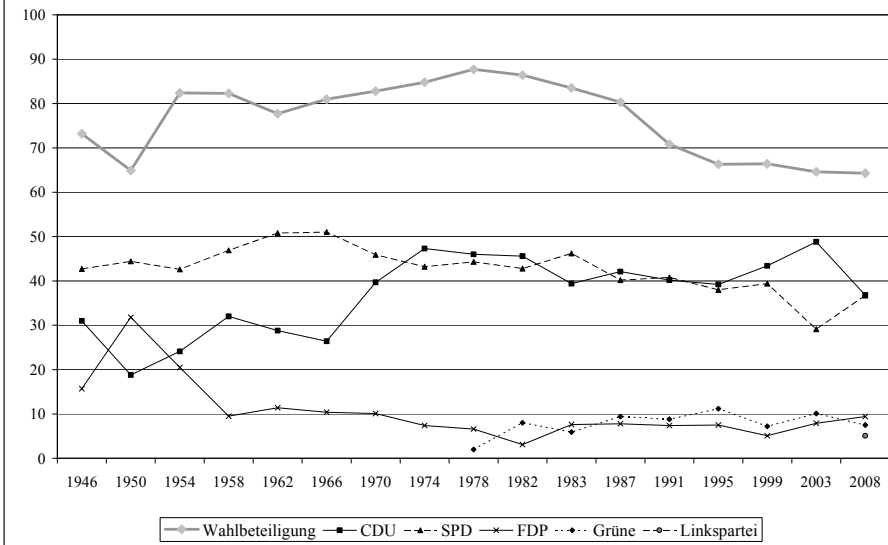
**Tabelle 1: Amtliches Endergebnis der hessischen Landtagswahl 2008**

	Wahlkreisstimmen		Landesstimmen				Mandate		BTW 2005 <sup>3</sup>
	Anzahl	%	Anzahl	%	Differenz <sup>1</sup>		Anz.	Diff. <sup>2</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Pkt.	Anz.	Diff. <sup>2</sup>	%
Wahlberechtigte	4.370.463		4.370.463		+39.671	+0,9			
Wähler	2.811.073	64,3	2.811.073	64,3	-12.539	-0,3			78,7
Gültige Stimmen	2.730.185	97,1	2.742.959	97,6	-7.967	-0,1			97,7
CDU	1.068.358	39,1	1.009.775	36,8	-324.088	-12,0	42	-14	33,7
SPD	1.047.051	38,4	1.006.264	36,7	+210.688	+7,6	42	+9	35,6
Grüne	206.250	7,6	206.610	7,5	-69.666	-2,6	9	-3	10,1
FDP	196.004	7,2	258.550	9,4	+42.440	+1,5	11	+2	11,7
Linke	106.975	3,9	140.769	5,1	+140.769	+5,1	6	+6	5,3
Sonstige	105.547	3,6	120.991	4,5	+7.824	+0,4	0	0	3,6

<sup>1</sup> Gewinne und Verluste an Wahlberechtigten / Wählern / Stimmen im Vergleich zur Landtagswahl 2003.  
<sup>2</sup> Gewinne und Verluste bei Mandaten im Vergleich zur Landtagswahl 2003.  
<sup>3</sup> Zweitstimmen.  
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt.

19 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 17 – 20.

Abbildung 1: Landtagswahlergebnisse in Hessen (1946 bis 2008), Wahlbeteiligung (in Prozent der Stimmberechtigten) und Parteienteile (in Prozent der gültigen Landesstimmen)



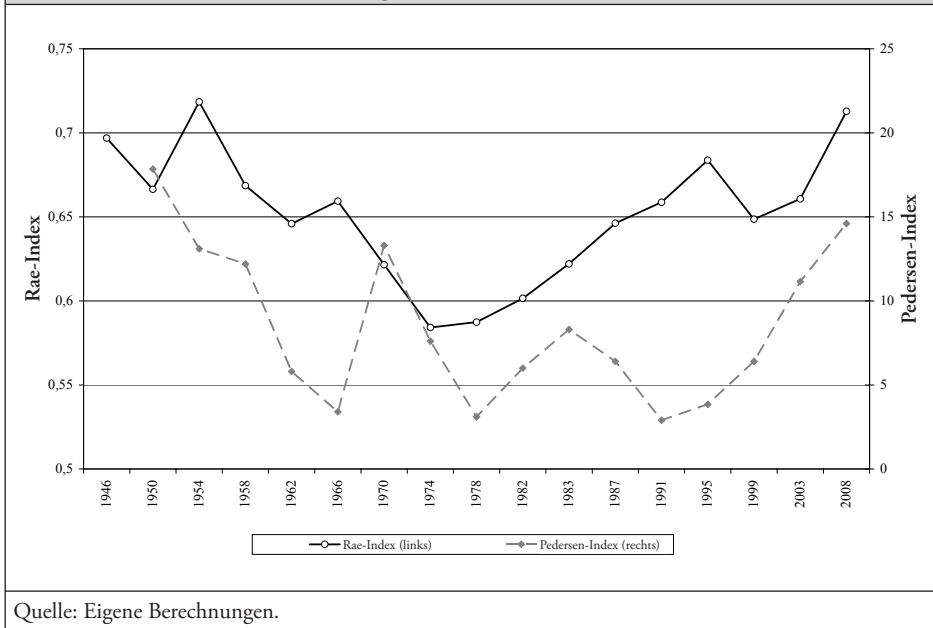
Quelle: Eigene Darstellung.

deutlich heraus: Der *Pedersen-Index* als Maß der Volatilität des Wählerverhaltens (im Aggregat) nimmt einen Wert von 15 Punkten an. Mindestens 15 Prozent der hessischen Wähler haben sich demnach im Vergleich zur Vorwahl für eine andere Partei entschieden. Ein höherer Wert wurde bislang nur bei der Wahl 1950 – also zu Zeiten des erst beginnenden Konzentrationsprozesses des deutschen Parteiensystems – erreicht. Selbst die Wahl 1970, als die CDU unter *Alfred Dregger* erstmals zur SPD aufschließen konnte und damit die Periode sozialdemokratischer Dominanz in Hessen beendete, war nicht durch ein solches Maß an Beweglichkeit gekennzeichnet. Zugleich setzt sich damit ein Trend fort, der seit den 1990er Jahren zu beobachten ist. Wie Abbildung 2 außerdem zeigt, geht mit dieser zunehmenden Wechselbereitschaft auch eine stärkere Zersplitterung des hessischen Parteiensystems einher (was nicht zwingend der Fall sein muss). Auch diesbezüglich – gemessen über den Fraktionalisierungsindex von *Rae* – wurde die Wahl 2008 nur von einer früheren Wahl (1954) überboten. Der 17. Hessische Landtag war demnach „zersplittert“ wie selten zuvor – mit gravierenden Folgen für den Prozess der Regierungsbildung.

Ein Blick in die repräsentative Wahlstatistik<sup>20</sup> schließlich liefert erste Hinweise auf das Wahlverhalten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Demnach galt für die CDU auch 2008 das bekannte Muster, wonach ihre Attraktivität mit zunehmendem Alter der Wähler wächst. Allerdings hat sich dieses Phänomen bei der Landtagswahl 2008 nochmals verschärft, denn die stärksten Verluste musste die Union in der Gruppe der Wähler unter 35 Jahren hinnehmen. Die SPD konnte dagegen vor allem bei Wählerinnen – und hier vor

<sup>20</sup> Siehe hierzu die Informationen des Hessischen Statistischen Landesamtes unter <http://web.statistik-hessen.de/themenauswahl/wahlen/daten/tw08/index.html> (aufgerufen am 23. Februar 2009).

Abbildung 2: *Fraktionalisierung und Volatilität bei den hessischen Landtagswahlen von 1946 bis 2008 (Rae- beziehungsweise Pedersen-Index)*



allem jungen – besonders stark zulegen: Sie verbesserte sich von 27,5 Prozent 2003 auf 46,7 Prozent 2008; insgesamt verjüngte sich die Wählerschaft der Sozialdemokraten bei dieser Wahl erheblich. Demgegenüber wurde die Linkspartei häufiger von Männern (6,7 Prozent) als von Frauen (4,0 Prozent) gewählt; die größte Unterstützung erfuhr sie mit 9,1 Prozent bei Männern zwischen 45 und 60 Jahren.

Die CDU schnitt bei Rentnern besonders gut ab (sie verlor dort auch nur unterdurchschnittlich), während die SPD bei Beamten ihre besten Werte erreichte. Bei Angestellten und Arbeitern treten erst dann Unterschiede (zugunsten der SPD) auf, wenn man zusätzlich die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft berücksichtigt. Eine sichere Bank für die FDP waren auch 2008 die Selbständigen, während die Linkspartei bei arbeitslosen Wählern (mit 16 Prozent) besonders gut abschnitt.<sup>21</sup> Für die Grünen erwies sich dagegen weniger der Erwerbsstatus als der formale Bildungsabschluss als ausschlaggebend: Ihre besten Ergebnisse erreichten sie bei Wählern mit Hochschulreife; allerdings konnte auch die SPD in dieser Gruppe erhebliche Zugewinne für sich verbuchen. In regionaler Perspektive schließlich konnte die SPD ihr nordhessisches Stammland ebenso zurückerobern wie die Städte Offenburg, Groß-Gerau, Darmstadt und (teilweise) Frankfurt sowie Wiesbaden. Dies sind zugleich auch die Hochburgen der Linkspartei. Die Hochburgen der Union dagegen bleiben im Raum Fulda, Limburg und im Taunus.

21 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 2), S. 36 – 47; Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 2), S. 53 – 64.

#### 4.2. Hintergründe des Wahlergebnisses

Insgesamt war die hessische Landtagswahl 2008 durch einen intensiven Wahlkampf und eine bemerkenswert hohe Kurzfrisdynamik gekennzeichnet. Damit einher ging auf Seiten der Wahlberechtigten ein wachsendes Interesse am bevorstehenden Urnengang: Innerhalb des Monats Januar stieg der Anteil der Befragten, die sich nach eigenen Angaben „sehr stark“ oder „stark“ für die Landtagswahl interessierten, von 59 auf 72 Prozent. Dass der Wahlkampf im Falle dieser Wahl von besonderer Bedeutung war, wird schließlich auch daraus ersichtlich, dass fast 30 Prozent der Hessen ihre Entscheidung nur wenige Wochen oder Tage vor der Wahl getroffen haben. Was war letztlich ausschlaggebend für den Wahlausgang und vor allem für die Verluste der Union und die Gewinne der SPD? Welches waren die wirklichen Gewinnerthemen der Parteien? Dieser Frage wollen wir uns abschließend mit einem eigenen Erklärungsmodell widmen.

Damit politische Sachfragen tatsächlich Wahlrelevanz erlangen können, müssen gewisse Bedingungen erfüllt sein.<sup>22</sup> Bürger müssen erstens den Gegenstand der Sachfrage überhaupt wahrnehmen, und sie müssen diese zweitens für wichtig halten. Weiterhin müssen sie in der Lage sein, politische Parteien aufgrund von Sachfragen zu unterscheiden, wobei solche Unterschiede nicht bloß grundlegende Prädispositionen, die die Bürger ohnehin haben, reflektieren dürfen, sondern einen eigenständigen, darüber hinausgehenden Beitrag zu ihrer Wahlentscheidung liefern müssen. Um die Frage zu beantworten, ob und wenn ja welche Themen die hessischen Wähler beeinflusst haben, werden folgende Sachfragen herangezogen, die im hessischen Wahlkampf eine Rolle gespielt haben<sup>23</sup>: Bildungs-, Wirtschafts-/Arbeitsmarktpolitik, (Jugend-)Kriminalität, Energie-/Klimapolitik, Mindestlohn sowie die Frage des Ausbaus des Frankfurter Flughafens.

Die Bildungspolitik war das Thema, das in den Augen der hessischen Bürger die größte Bedeutung hatte, gefolgt von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (einschließlich der Arbeitslosigkeit). An dritter Stelle lag die (Jugend-)Kriminalität, die immer noch von einem guten Viertel der Hessen als wichtig erachtet wurde, was auf ein gelungenes Agenda-Setting des CDU-Wahlkampfs hindeutet. Danach tut sich eine Lücke auf: Auf den Plätzen vier bis sechs folgen die Themen Energie, Frankfurter Flughafen sowie Mindestlohn, die aber nur noch von höchstens fünf Prozent der Hessen genannt wurden. Auf dieser Basis ist zu konstatieren, dass die CDU unter *Roland Koch* in ihrem Themenmanagement offenkundig erfolgreicher war als die SPD unter *Andrea Ypsilanti*.

Allerdings ist mit den bislang präsentierten Zahlen noch kein Nachweis erbracht, dass diese Themen tatsächlich den Wahlausgang (und vor allem die Entscheidung zwischen SPD und CDU) beeinflusst haben. Möglich wäre, dass Personen, die sich ohnehin diesen Parteien langfristig verbunden fühlen, den Akzentsetzungen ihrer Parteien schlicht folgten. Der Lackmuster für mögliche Themeneffekte besteht darin, in einem multivariaten Modell – also unter Kontrolle langfristiger Prädispositionen – zu prüfen, von welchen Sachfragen letztlich ein Effekt auf die Entscheidung zwischen CDU und SPD ausging.

22 Vgl. *Angus Campbell / Philip E. Converse / Warren E. Miller / Donald E. Stokes*, *The American Voter*, New York 1960.

23 Vor allem basierend auf einer Befragung von 1.266 hessischen Wahlberechtigten durch die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen wenige Tage vor der Wahl.

Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse solcher Modelle. Zunächst sind erwartungsgemäß starke Einflüsse langfristiger Grundüberzeugungen auf das Wahlverhalten der Menschen festzustellen. Darüber hinaus zeigt sich eine überaus starke Wirkung, die von den Bewertungen der Spitzenkandidaten der Parteien ausgeht. Je besser *Roland Koch* gegenüber *Andrea Ypsilanti* bewertet wurde, desto eher wurde auch die CDU (anstelle der SPD) gewählt und umgekehrt. Hinsichtlich weiterer Themen zeigen sich signifikant negative Effekte der Bildungspolitik und des Mindestlohns: Personen, die diese Themen als wichtig erachteten, gaben signifikant häufiger der SPD als der Union ihre Stimme. Die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl erhöhte sich dadurch um 25 bis 30 Prozent. Umgekehrt zeigen sich keine signifikant positiven Effekte, das heißt, die Union konnte von keiner ihrer thematischen Schwerpunktsetzungen in Form von Stimmengewinnen profitieren.

Um diesen Befund zu untermauern, kann man sich im zweiten Schritt auf Personengruppen beschränken, für die der Wahlkampf besonders bedeutsam gewesen sein sollte, etwa parteipolitisch Ungebundene oder Wahlberechtigte, die sich nach eigenen Angaben

**Tabelle 2: Hintergründe der Wahlentscheidung und Kandidatenbewertungen**

	a) Wahlentscheidung Union vs. SPD (b-Koeffizienten einer logistischen Regression)			b) Differenz der Sympathiewerte von <i>Koch</i> und <i>Ypsilanti</i> (b-Koeffizienten einer linearen Regression)		
	Alle	Ungebundene <sup>1</sup>	Späte Entscheidung <sup>2</sup>	Alle	Ungebundene <sup>1</sup>	Späte Entscheidung <sup>2</sup>
Parteiidentifikation	5,99***		4,45***	0,38***		0,24***
Differenz der Sympathiewerte <i>Koch</i> – <i>Ypsilanti</i>	10,43***	12,45***	12,16***			
Wichtigkeit von Wahlkampfthemen:						
Bildung	-1,02*	-0,89#	-1,58*	-0,09***	-0,09***	-0,08***
Wirtschaft / Arbeitslosigkeit	-0,76#	0,11	-0,75	-0,01	-0,01	-0,01
(Jugend-)Kriminalität	0,10	0,92	-0,36	0,02#	0,03	0,03
Energie-/Klimapolitik	-0,24	0,43	-0,43	-0,04*	-0,03	-0,04
Flughafen Frankfurt	0,73	0,76	2,06	0,01	-0,06	-0,01
Mindestlohn	-1,88*	0,21	-0,01	-0,11**	-0,07	-0,06
Konstante	-7,40***	-6,29***	-7,51***	0,29***	0,48***	0,35
N	666	155	163	1074	345	444
(Pseudo-)R2	0,78	0,52	0,63	0,40	0,04	0,16

Hinweise: #  $p < 0,1$ ; \*  $p < 0,05$ ; \*\*  $p < 0,01$ ; \*\*\*  $p < 0,001$ .

<sup>1</sup> Wähler, die sich nach eigenen Angaben mit keiner Partei identifizieren.

<sup>2</sup> Wähler, die sich nach eigenen Angaben in den letzten Wochen oder Tagen vor der Wahl entschieden haben.

Abhängige Variablen: a) Wahlentscheidung CDU (1), SPD (0), Personen, die eine andere Partei wählen wollen oder aber nicht zur Wahl gehen, bleiben ausgeschlossen; b) Sympathiewerte *Koch* – Sympathiewerte *Ypsilanti* (jeweils erfasst auf Skalen von -5 bis +5, Differenz standardisiert auf einen Wertebereich von 0 bis 1).

Unabhängige Variablen: Parteiidentifikation: CDU (1), SPD (0), keine/andere Partei (0,5); Differenz der Sympathiewerte s.o.; Wichtigkeit von Wahlkampfthemen jeweils: Problem genannt (1), Problem nicht genannt (0).

Quelle: Vorwahlbefragung der Forschungsgruppe Wahlen,  $n = 1.266$ , eigene Auswertungen.

erst spät im Wahlkampf entschieden haben. Die Ergebnisse werden dadurch noch eindeutiger, denn es bleibt nur ein einziger Effekt übrig: Das Thema Bildung hat der SPD gegenüber der Union genützt, für keines der anderen Themen findet sich ein signifikanter Effekt. Nur am Rande sei in Ergänzung dazu darauf hingewiesen, dass das Spitzenpersonal gegenüber den langfristigen Parteibindungen bei Spätentscheidern nochmals an Bedeutung gewonnen hat, der Wahlkampf also auch zu einer Personalisierung geführt hat.

Nun ließe sich einwenden, dass die Themen Jugendkriminalität und Mindestlohn eng mit *Koch* beziehungsweise *Ypsilanti* verbunden waren, sich also weniger auf die Parteiwahl, sondern vielmehr direkt auf die Wahrnehmung der Spitzenkandidaten ausgewirkt haben. Um auch diese Möglichkeit auszuloten, sind in der rechten Hälfte von Tabelle 2 Modelle mit der Differenz der Sympathiewerte von *Koch* und *Ypsilanti* als abhängiger Variable wiedergegeben. An den Ergebnissen ändert dies aber kaum etwas. Zwar zeigen sich gewisse (positive) Effekte der Thematisierung der Kriminalität auf die Wahrnehmung *Kochs*, ein ähnliches Bild ergibt sich für *Ypsilanti* und den Mindestlohn – bestimmt wird das Bild aber weiterhin durch das Thema Bildung. Wer Bildung für ein wichtiges Thema hält, fand *Koch* schlechter, *Ypsilanti* dagegen umso besser. Die hessische Landtagswahl 2008 wurde demnach weniger durch die Themen, die die Parteien zu lancieren versuchten, beeinflusst, sondern durch ein Thema, das den Alltag vieler Menschen in der vorausgehenden Wahlperiode berührt hat: die Schul-, Hochschul- und Bildungspolitik. Vor allem sein Handeln in diesem Bereich hätte *Roland Koch*, so kann man rückblickend feststellen, um ein Haar das Amt gekostet.

### 5. Regierungs- und Oppositionsbildung

In wesentlichen Grundzügen entsprach das Ergebnis der hessischen Landtagswahl 2008 dem Ausgang der Bundestagswahl 2005 und zeigte, dass das neue Grundmuster eines „fluiden Fünfparteiensystems“<sup>24</sup> inzwischen nicht nur die Politik der Republik insgesamt, sondern auch den Mikrokosmos einzelner westlicher Bundesländer beschreibt. Was vor diesem problematischen Hintergrund nach langen Koalitionsverhandlungen in Berlin gelang, schied jedoch als Option zur Regierungsbildung in Wiesbaden aus: Die traditionelle Polarisierung der hessischen Parteien, die der Wahlkampf 2008 erneut vor Augen geführt hatte, machte die Bildung einer Großen Koalition unmöglich. In den ersten Tagen nach der Wahl beanspruchten sowohl der bisherige Ministerpräsident *Koch* – mit Verweis auf den knappen Stimmentvorsprung seiner Partei – als auch SPD-Spitzenkandidatin *Ypsilanti* – unter Berufung auf den von ihrer Partei verbuchten großen Stimmengewinn – das Amt des Ministerpräsidenten für sich. Doch eine regierungsfähige Mehrheit war nur als Ergebnis einer bislang nie erprobten Kooperation von drei Parteien denkbar. Die FDP befürwortete eine „Jamaika“-Koalition, und auch die CDU streckte vorsichtig ihre Fühler in Richtung der Grünen aus, die sich aber einem solchen Bündnis verweigerten. Dasselbe widerfuhr der SPD, der als zweitbeste Lösung nach dem angestrebten rot-grünen Bündnis eine Ampelkoalition vorschwebte, mit dem Wunschpartner FDP. Die Linkspartei betonte zwar stets, dass sie bereit sei, *Andrea Ypsilanti* zur neuen Ministerpräsidentin zu wählen, doch diese bekräftigte zu-

24 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Das Parteiensystem Deutschlands, in: *Oskar Niedermayer / Richard Stöss / Melanie Haas* (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S. 109 – 134.

nächst ihr Wahlkampfmantra der Verweigerung jeglicher rot-roter Kooperation. Klar war jedoch eines: Ohne Wahl eines neuen Ministerpräsidenten würde die bisherige Regierung gemäß Artikel 113 der Hessischen Landesverfassung geschäftsführend im Amt bleiben.

Konfrontiert mit diesem ausweglos scheinenden Szenario gaben zunächst die Grünen und dann – ermutigt durch Überlegungen von SPD-Chef *Kurt Beck*, der damit die bislang von seiner Partei verfolgte Linie aufgab, in einem westdeutschen Bundesland keinesfalls mit der Linkspartei zu kooperieren – auch die SPD ihre Zurückhaltung gegenüber der Linkspartei auf. Von der Bundesführung mit freier Hand versehen, wenngleich von Teilen der hessischen Parteioorganisation kritisiert, entwickelte die Landesvorsitzende ein Szenario, sich bei der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Landtages am 5. April 2008 mit den Stimmen der Linkspartei zur Regierungschefin wählen zu lassen – ein Projekt, das ihr und ihrer Partei hinfort massivste Vorwürfe des Wortbruchs gegenüber den Wählern einbrachte und ihre demoskopischen Werte auf Talfahrt schickte. Die Ankündigung der SPD-Abgeordneten *Dagmar Metzger*, in diesem Fall der Spitzenkandidatin ihre Stimme zu verweigern, führte jedoch zur Aufgabe dieses Plans. Mit nur noch einer einzigen Stimme Mehrheit erschien er als zu riskant. Stattdessen wollte man nun versuchen, mit punktuellen Mehrheiten für Sachanträge aus dem Parlament heraus gegen die Regierung politisch zu gestalten. Nachdem die Landesregierung in der Eröffnungssitzung des Landtages zurückgetreten, aber geschäftsführend im Amt geblieben war, wurde die Abschaffung der Studiengebühren zum ersten Testfall für diese Strategie. Rückblickend stellt sich dieses Ereignis als Wendepunkt dar, bei dem letztlich die Weichen in Richtung Neuwahl gestellt wurden. Es gelang der SPD zwar im Verein mit Grünen und Linkspartei, einen Gesetzesbeschluss über diese Maßnahme herbeizuführen, jedoch erst im zweiten Anlauf und verbunden mit einer peinlichen und demütigenden Bloßstellung durch den Ministerpräsidenten, der dem vermeintlich schon verabschiedeten Gesetz aufgrund eines ihm schon vorher bekannten Formfehlers die Unterschrift verweigerte und so eine erneute parlamentarische Behandlung erzwang. Zusammen mit einer wenig später von Finanzminister *Karlheinz Weimar* (CDU) verhängten Haushaltssperre zeigte diese Episode den drei Parteien klar die Grenzen ihrer inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten auf.

Vor dem Hintergrund sich deutlich zugunsten von Schwarz-Gelb entwickelnder demoskopischer Zahlen hatte sich schon früh abgezeichnet, dass es sich für CDU und FDP lohnte, auf baldige Neuwahl des Landtags zu spekulieren, während diese Möglichkeit den drei anderen Parteien zunehmend riskant erscheinen musste. Vor diesem Hintergrund entschloss sich die hessische SPD, trotz unverändert knapper Mehrheitsverhältnisse einen erneuten Anlauf zu wagen, doch noch einen Regierungswechsel herbeizuführen. Massive Bedenken der Berliner Parteispitze übergehend, die sich nicht zuletzt um die Perspektiven der SPD für die Bundestagswahl 2009 sorgte, verabredeten die hessischen Sozialdemokraten mit den anderen beiden Parteien eine rot-grüne Koalition unter formeller Tolerierung durch die Linkspartei. Alle Verhandlungen wurden erfolgreich abgeschlossen, und Sonderparteitage der drei Parteien stimmten dem Projekt zu. Im letzten Moment scheiterte es aber am Widerstand von vier Mitgliedern der SPD-Fraktion (darunter *Dagmar Metzger* und *Jürgen Walter*), die einen Tag vor der geplanten Wahl von *Andrea Ypsilanti* zur Ministerpräsidentin an die Öffentlichkeit traten und erklärten, dass sie die Kooperation mit der Linkspartei nicht mittragen und deshalb ihrer Parteichefin nicht ihre Stimme geben könnten. Damit fiel das Projekt des Machtwechsels in sich zusammen. Da es keine parlamentarische Mehrheit dafür gab, wurde es umgehend aufgegeben und der geplante Wahlgang fiel aus.

Sämtliche Parteien, zuletzt auch die SPD, sprachen sich nun für die Neuwahl aus. Einstimmig löste sich der 17. Hessische Landtag am 19. November 2008 nach seiner mit nur 228 Tagen bislang kürzesten Wahlperiode auf.

## 6. Zusammenfassung

- (1) Hatte die CDU bei der Landtagswahl 2003 aufgrund singulärer, sowohl bundes- als auch landespolitisch vorteilhafter Rahmenbedingungen einen überragenden Erfolg erlangt, der ihr die Alleinregierung ermöglichte, so deuteten im Vorfeld der Landtagswahl 2008 viele Vorzeichen darauf hin, dass es ihr nicht gelingen würde, diesen Vorsprung zu halten. Die politische Bilanz der Landesregierung war nicht glänzend; sowohl demoskopische Daten als auch die Ergebnisse von Zwischenwahlen ließen auf einen erheblichen Ansehensverlust der Regierungspartei und insbesondere auch des 2003 wiedergewählten Ministerpräsidenten *Roland Koch* schließen. Zu erwarten war vor diesem Hintergrund die Rückkehr zu den in Hessen seit langem bekannten knappen Mehrheiten – oder gar zu einer Situation ohne klare Mehrheiten.
- (2) Eine wichtige Besonderheit der Landtagswahl 2008 war das erstmalige Antreten der Linkspartei, deren Landesverband erst kurz vor der Wahl gegründet worden war. Sie maß dieser Wahl große bundespolitische Bedeutung als strategische Station auf dem Wege zur Konsolidierung im Westen der Republik bei.
- (3) Vor dem Hintergrund des zu erwartenden knappen Wahlergebnisses entschieden sich alle Parteien für einen Lagerwahlkampf mit stark polarisierenden Angriffskampagnen. Alle gingen mit klaren Koalitionsaussagen in den Wahlkampf – CDU und FDP kämpften für eine Neuaufgabe der schwarz-gelben Koalition, SPD und Grüne für eine Erneuerung des rot-grünen Bündnisses. Die Linkspartei ließ erkennen, dass sie unter Umständen bereit wäre, eine SPD-geführte Landesregierung zu unterstützen, sowohl Sozialdemokraten als auch Grüne lehnten jedoch eine solche Kooperation im Wahlkampf kategorisch ab. Stattdessen versuchte die SPD, der Konkurrenz von links mit einem auf klassisch sozialdemokratische, aber auch grüne Themen konzentrierten Wahlkampf zu begegnen.
- (4) Die Wählerstimmung war 2008 insgesamt für die Union wesentlich ungünstiger als bei der Vorwahl, während sich das Ansehen der SPD schon lange im Vorfeld der Wahl deutlich verbessert hatte. Selbst in der Schlussphase des Wahlkampfes kam es noch zu erheblichen Meinungsverschiebungen zugunsten der Sozialdemokraten. Ihre Spitzenkandidatin *Andrea Ypsilanti* gewann in kurzer Zeit erheblich an persönlicher Popularität. Die Wähler präferierten zu etwa gleichen Teilen eine schwarz-gelbe beziehungsweise eine rot-grüne Koalition; eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei wurde von der großen Mehrheit der Wähler abgelehnt.
- (5) Das Ergebnis der Landtagswahl 2008 war ein Spiegelbild der Vorwahl: Die SPD ging als klare Siegerin aus dem Wahlgang hervor, die Union als deutliche Verliererin, auch wenn sie mit hauchdünnem Vorsprung stärkste Partei wurde. Die FDP löste die Grünen als dritte Kraft im Land ab, mit der Linkspartei war eine fünfte Fraktion in den Wiesbadener Landtag eingezogen. Durch die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Union und SPD, aber auch das Erstarren der Linkspartei war diese Landtagswahl durch ein hohes Maß an Volatilität und Fraktionalisierung im hessischen Landtag

gekennzeichnet – mit den bekannten Folgen für die Regierungsbildung. Was die Hintergründe des Wahlverhaltens betrifft, so waren es weniger die von den Parteien lancierten Themen (Jugend-)Kriminalität und Mindestlohn, die den Wahlausgang beeinflussten, sondern die Bildungspolitik: Die Positionen der Union in diesem Bereich bescherten ihr massive Stimmenverluste, von denen die SPD profitieren konnte.

- (6) Das Wahlergebnis brachte eine Neuauflage der „hessischen Verhältnisse“: Ebenso wie 1982 und 1983 führte die erstmalige Repräsentanz einer neuen Partei im Landesparlament – damals der Grünen, jetzt der Linkspartei – zu einer Sitzverteilung, auf deren Grundlage keine mehrheitsfähige Regierung gebildet werden konnte. Die traditionelle Polarisierung der hessischen Politik schloss eine Große Koalition aus, lagerübergreifende Dreierverbindungen kamen ebenfalls nicht zustande. Den Regeln der Hessischen Landesverfassung entsprechend blieb daher die amtierende CDU-Alleinregierung geschäftsführend im Amt. In dieser Situation entschied sich die SPD für den Versuch, trotz ihrer klaren Ablehnung eines solchen Bündnisses im Wahlkampf eine Kooperation mit der Linkspartei anzustreben. Zwei Versuche, eine von der Linkspartei tolerierte rot-grüne Regierung zu bilden, scheiterten jedoch schon im Vorfeld, weil einzelne Abgeordnete der SPD diesem Vorhaben die Gefolgschaft verweigerten. Nach der endgültigen Implosion dieses Projektes blieb nur noch der Weg zu Neuwahlen.

## Die bayerische Landtagswahl vom 28. September 2008: Betriebsunfall oder Ende eines Mythos?

*Rainer-Olaf Schultze* unter Mitarbeit von *Jan Grasnick*

Bei der Wahl am 28. September 2008 verlor die christlich-soziale Regierungspartei im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 17,3 Prozentpunkte. Sie blieb mit 43,4 Prozent der Gesamtstimmen deutlich hinter dem selbst gesteckten Wahlziel von 50 Prozent plus x zurück. Die absolute Zahl der Gesamtstimmen liegt bei etwa 4,6 Millionen und ist somit seit zehn Jahren bei Landtagswahlen rückläufig. Die CSU büßte dabei ihre – 2003 allerdings unter besonderen Bedingungen gewonnene – Zweidrittelmehrheit der Mandate im Maximilianeum ein und ist – jetzt auch in Bayern – im Fünf-Fraktion-Parlament erstmals seit 46 Jahren auf einen Koalitionspartner angewiesen.<sup>1</sup>

Der bayerische Wähler löste damit ganz sicher einen Erdbeben mit vielfältigen und tiefgehenden Konsequenzen aus; doch ist damit die Frage noch nicht beantwortet, ob es sich

1 Die wahlstatistische Dokumentation des Beitrags beruht auf der offiziellen Veröffentlichung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, Wahl zum Bayerischen Landtag am 28. September 2008. Endgültiges Ergebnis, München 2008. Außerdem wurden Daten von den Webseiten des Landesamtes entnommen ([www.statistik.bayern.de](http://www.statistik.bayern.de)). Der wahlsoziologischen Interpretation liegen zugrunde: Infratest dimap, Wahlreport. Landtagswahl in Bayern am 28. September 2008, Berlin 2008; Forschungsgruppe Wahlen (FGW), Wahl in Bayern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 28. September 2008, Mannheim 2008; Auswertungen der Süddeutschen Zeitung und des Münchner Merkurs.